

STANDPUNKTE

Herbstsession '17

Nationalrat



Inhalt

Rubrik	Thema	Seite
Nationalrat	15.313 Schweizer Stauanlagen und Wasserenergie retten.....	3
	16.448 Sicherung der Selbstversorgung mit Strom aus Wasserkraft zur Überbrückung der aktuellen Preisbaisse	4
	Abstimmungsempfehlungen gemäss separaten Listen	5
Impressum	UMWELTALLIANZ ALLIANCE-ENVIRONNEMENT Postgasse 15 Postfach 817 3000 Bern 8 Telefon 031 313 34 33 Fax 031 313 34 35 www.umweltallianz.ch info@umweltallianz.ch Redaktion: Julia Fischer, Rahel Loretan	7

Nationalrat

Standesinitiativen (Zweitrat)

Kt.lv. GE. Schweizer Stauanlagen und Wasserenergie schützen (15.313)

Der Grosse Rat des Kantons Genf fordert, eine Steuer auf Strom aus nicht erneuerbaren Energieträgern einzuführen, Nachlässe für Strom aus Gaskraftwerken vorzusehen sowie den entsprechenden Steuerertrag für die Förderung von Energiesparmassnahmen und den Ausbau der erneuerbaren Energien einzusetzen und dabei die Schweizer Wirtschaft zu fördern.

Die Initiative fordert eine Dreckstromabgabe auf nicht erneuerbare Energieträger. Diese Massnahme begrüssen die Umweltorganisationen grundsätzlich. Die im Wortlaut vorgesehenen Nachlässe für Strom aus Gaskraftwerken widersprechen allerdings dem Ziel einer nachhaltigen Energieversorgung der Schweiz.

Die Möglichkeit einer Lenkungsabgabe (inkl. Rückverteilung an die Bevölkerung) ist als Alternative zur vorgesehenen Steuer bzw. zweckgebundenen Abgabe zu prüfen. Wichtig bei der Ausgestaltung einer solchen Abgabe – in welcher Form auch immer – ist, dass alle fossilen und atomaren Quellen besteuert werden. Als Berechnungsgrundlage bieten sich Umweltbelastungspunkte an.

Empfehlung

Die Umweltorganisationen empfehlen, die Initiative anzunehmen, gleichzeitig aber die «Nachlässe für Strom aus Gaskraftwerken» zu streichen.

➔ SES, Felix Nipkow, felix.nipkow@energiestiftung.ch, 044 275 21 21

**Pa. Iv. Rösti. Sicherung
der Selbstversorgung mit
Strom aus Wasserkraft
zur Überbrückung der
aktuellen Preisbaisse
(16.448)**

Parlamentarische Initiativen (Erstrat)

Die Parlamentarische Initiative verlangt, dass Voraussetzungen geschaffen werden, unter denen die Wasserkraftwerke ihre Produktionskapazität aufrechterhalten können. Dazu soll ein zeitlich befristetes Massnahmenpaket geschnürt werden, bestehend aus zum Beispiel zinslosen oder zinsvergünstigten Darlehen. Ebenso sei ein neues Marktmodell wie etwa das Quotenmodell zu prüfen und bei Bedarf einzuführen.

Aktuelle Studien zur Situation der Wasserkraft, die im Auftrag der Regierungskonferenz der Gebirgskantone von BHP Hanser und Partner AG sowie der Universität St. Gallen erstellt und am 28. August 2017 veröffentlicht wurden, zeigen, dass die Gestehungskosten der Wasserkraft tiefer und die Erlösaussichten viel besser sind als in der Begründung zur Parlamentarischen Initiative dargestellt. Es ist nicht gerechtfertigt, noch vor dem Inkrafttreten der Energiestrategie 2050, die ab 2018 bereits einen Teil des Netzzuschlags für die Wasserkraft abzweigt, zusätzliche kurzfristige finanzielle Hilfen für die Wasserkraft einzuführen. Für die weitere Zukunft kann eine intelligente Lösung im Rahmen eines neuen Strommarktdesigns gefunden werden.

Empfehlung

Die Umweltorganisationen empfehlen, die Parlamentarische Initiative abzulehnen.

➔ SES, Felix Nipkow, felix.nipkow@energiestiftung.ch, 044 275 21 21

Abstimmungsempfehlungen für traktandierte Geschäfte gemäss separaten Listen**Empfehlung****UVEK**

<u>16.035</u>	Um- und Ausbau der Stromnetze. Bundesgesetz: Entwurf 1, Differenzen	Annahme
<u>16.3746</u>	Po. Mazzone. Mit den heute geltenden Höchstgeschwindigkeiten für Motorfahrzeuge die CO ₂ -Emissionen reduzieren	Annahme
<u>16.3749</u>	Mo. Fraktion RL. Zukunft der Energie- und Klimapolitik. Bereinigung bestehender Systeme	Ablehnung
<u>16.3750</u>	Po. Fraktion RL. Zukunft der Energie- und Klimapolitik. Neues Marktmodell zur Sicherung der Stromproduktion in der Schweiz	Ablehnung
<u>16.3751</u>	Mo. Fraktion RL. Zukunft der Energie- und Klimapolitik. Flexibilisierung der neuen CO ₂ -Gesetzgebung	Ablehnung
<u>16.3827</u>	Mo. Hadorn. Reduktion von Stickoxiden	Annahme
<u>16.3832</u>	Mo. Allemann. Zulassungsstopp für neue Dieselfahrzeuge, die die aktuellen Abgasgrenzwerte nicht einhalten	Annahme
<u>16.3866</u>	Mo. Büchler Jakob. Schliessung von SBB-Ticketstellen auf dem Land	Annahme
<u>16.3878</u>	Mo. von Siebenthal. Die Aufgabe der Bewirtschaftung von Heimbetriebs- und Sömmerungsflächen als Folge der Rückkehr von Grossraubtieren erfassen	Ablehnung
<u>16.3890</u>	Po. Grossen Jürg. Stromverbrauch. Wie hoch ist der jährliche Stromverbrauch für von Elektrizitätswerken gesteuerte Verbraucher wie Elektroboiler, Speicherheizungen, Wärmepumpen, Pumpspeicher usw. in der Schweiz?	Annahme
<u>16.3893</u>	Mo. Reimann Lukas. Bürokratieabbau dank Anerkennung von NaftaStandards bei Personenwagen	Ablehnung
<u>16.3899</u>	Mo. Fricker. Sicherstellung von genügend Fachkräften für den Nachbetrieb und Rückbau der Kernanlagen	Annahme
<u>16.3926</u>	Po. Nussbaumer. Nachschusspflicht gemäss Artikel 80 KEG gegenüber dem Stilllegungsfonds für Kernanlagen und dem Entsorgungsfonds für Kernkraftwerke durch Beteiligte der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG und der Kernkraftwerk Leibstadt AG	Annahme
<u>16.4010</u>	Mo. Portmann. Gleichbehandlung aller Benützer von Verkehrsmitteln bei Verletzung der Verkehrsregeln	Ablehnung
<u>16.4149</u>	Mo. Grossen Jürg. Nix Kohlestrom! Eine Schweiz mit zu 100 Prozent erneuerbarem Strom kostet nur 50 Rappen pro Einwohner und Jahr	Annahme
<u>16.4163</u>	Po. Rytz Regula. Ergänzung des Energiespeicher-Berichtes des BFE mit der Power-to-Liquid-Technologie	Annahme

WBF

<u>15.3835</u>	Mo. Schelbert. Pestizide. Vorsorgeprinzip durchsetzen	Annahme
<u>15.4164</u>	Mo. de Courten. Kein missbräuchlicher Import von Pflanzenschutzmitteln. Gesetzliche Vorkehrungen gegen den indirekten Parallelimport von Pflanzenschutzmitteln nichtidentifizierbarer Herkunft	Annahme
<u>15.4192</u>	Mo. Grin. Schweizer Zucker. Schutz vor dem Dumping durch den Weltmarktpreis dank regelmässig angepassten Zollansätzen	Ablehnung

Parlamentarische Initiativen 1. Phase

<u>16.471</u>	Pa.Iv. von Siebenthal. Umsetzung der Waldpolitik 2020. Erleichterungen bei den Rodungsvoraussetzungen (UREK)	Ablehnung
---------------	--	------------------

UMWELLALLIANZ

Kurzporträt

Die Umweltallianz ist ein loser Zusammenschluss der vier grossen Schweizer Umweltorganisationen mit dem Ziel der optimalen Koordination der politischen Aktivitäten. Die Geschäftsstelle der Umweltallianz ist in Bern.

Umweltallianz, Postgasse 15, Postfach 817, 3000 Bern 8
Telefon 031 313 34 33, Fax 031 313 34 35, info@umweltallianz.ch

Mitglieder

Pro Natura

Pro Natura, Postfach, 4018 Basel
T 061 317 91 91, F 061 317 92 66
www.pronatura.ch

VCS / ATE

VCS, Aarberggasse 61, Postfach 8676, 3001 Bern
T 0848 611 611, F 0848 611 612
www.verkehrsclub.ch

WWF

WWF Schweiz, Postfach, 8010 Zürich
T 044 297 21 21, F 01 297 21 00
WWF Suisse, Avenue Dickens 6, 1006 Lausanne
T 021 966 73 73, F 021 966 73 74
www.wwf.ch

Greenpeace

Greenpeace, Postfach, 8031 Zürich
T 044 447 41 41, F 044 447 41 99
www.greenpeace.ch

Kooperationspartner

Schweizerische Energie-Stiftung SES

SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich
T 044 275 21 21, F 044 275 21 20
www.energiestiftung.ch

BirdLife Schweiz

SVS, Wiedingstrasse 78, Postfach, 8036 Zürich
T 044 457 70 20, F 044 457 70 30
www.birdlife.ch

Alpen-Initiative

Alpen-Initiative, Hellgasse 23, 6460 Altdorf UR
T 041 870 97 81
www.alpeninitiative.ch